

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in der Zeit vom 17. November bis zum 24. November 2010 warben Sie in einer Kampagne in allen regionalen, überregionalen Tageszeitungen sowie in Magazinen, wie Stern, Spiegel, Focus, SuperIllu sowie in Beilegern, wie rtv und prisma und auch im Internet für die Arbeit der Bundesregierung.

Laut Angaben des Bundespresseamtes beliefen sich die Kosten für diese Annonce auf 2,8 Millionen Euro.

Es ist Aufgabe, sogar Pflicht, die Öffentlichkeit über die Arbeit der Bundesregierung zu informieren, doch muss, während soziale Leistungen im Rahmen des Sparpakets gekürzt oder gestrichen werden, der Werbeetat der Bundesregierung erhöht werden, um Parteiimages aufzupolieren? Schließlich ist für dieses Glänzen der Steuerzahler aufgekommen und nicht die CDU.

In der Anzeige bedanken Sie sich, Frau Merkel, bei den Bürgern, die „weltweite Wirtschaftskrise am besten“ gemeistert zu haben. Und dann, Frau Merkel, versprachen Sie, die christlich-liberale Regierung:

1. werde die Finanzen sichern;
2. eine Bildungsrepublik schaffen;
3. die Energieversorgung sichern;
4. die Finanzierung des Gesundheitswesens so gestalten, „dass die hervorragende medizinische Versorgung in Deutschland langfristig bezahlbar bleibt“.

Zu dieser Annonce wollen wir mit diesem Schreiben Stellung nehmen.

Ihre Vorgänger, deren Minister und Vasallen, haben zu allen Zeiten Deutschland verwirtschaftet, dass jedem Menschen, dem politisches Wissen, Kenntnisse über die Gesamtverschuldung des Landes, dessen Bundeshaushalt (Zins- und Tilgungslasten usw.) unterstellt werden können, klar sein muss, auch Ihre Regierung würde sich in diese Riege der Wirtschaftler einreihen, alternativlos.

Diese Alternativlosigkeit werten wir als Demokratieverlust.

Aus der monetären Entwicklung der Eurokrise werden die die Demokratie belastenden Faktoren immer schwieriger im Sinne echter Demokratie auszubalancieren sein. Die Rechtsprechung wird den Abwärtstrend nicht aufhalten können.

Eine gelenkte Demokratie, in der sich die aktuelle Frage stellt: Inwieweit werden nationale Hoheitsrechte nach Brüssel übertragen?

Der Vertrag von Lissabon wirft erhebliche Fragen auch unter Berücksichtigung bundesverfassungsgerichtlicher Rechtsprechung auf. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird durch politische, nicht frühzeitig rechtlich abgeklärte, Entscheidungen strapaziert, wo es doch mit Fragen des Rettungsschirmes erfüllt ist und die Diskussionen zur gesamten Eurokrise mitverfolgen muss.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Lissabon-Urteil seine bisherige Haltung zur europäischen Integration fortgeschrieben. Die Schaffung des Rettungsschirmes auch in der Folge anderer begleitender stützender Maßnahmen erscheint nicht unproblematisch und zwar aufgrund der Rechtsfortentwicklung des politisch zusammengesetzten Senates des BVerfG.

Demokratieverluste anzuprangern und ihnen zu begegnen ist Zweck der *Menschen für Demokratie*, und zwar überall dort, wo Beiträge von demokratiebewussten Menschen für die Allgemeinheit gegeben wurden, aber nicht angehört oder überhört wurden.

Hier sei an Kritiker gedacht, wie jene zwei Professoren Schachtschneider aus Mannheim und Hankel aus Köln und zusätzlich Dr. B. Bandulet, der in der Wirtschaftsliteratur im Koppverlag – „die letzten Jahre des EURO“ auch vor der EURO-Einführung und einer europäischen Währungsunion warnte, worüber auch im TV einmal davon berichtet wurde (Datum der Sendung nicht mehr bekannt), weil innerhalb der Eurostaaten unterschiedliche Inflationsraten, unterschiedliche Verzinsung, unterschiedliche Preisentwicklung und dergleichen, problematisch für die Gemeinschaftswährung sein müssen.

Bei sachgemäßer Interessenvertretung für alle Deutschen (auch Europäer) durch die Politik, hätte diesen Wirtschaftsfachleuten Interesse geschenkt werden müssen.

Anregungen, Hinweise, Mitbestimmung ist wohl in Deutschland kaum erwünscht – leider.

Dazu ein Beispiel: Durch Ihre Intervention beim Bundesbankvorstand, dessen Mitglied Herr Sarrazin war, haben Sie, Frau Bundeskanzlerin es geschafft, dass Herr Sarrazin seinen Hut nahm. Zu Lasten des Steuerzahlers wurde so ein unangenehmes Thema vom Tisch genommen.

Die berichtende Presse verstand es nicht, das eigentliche Thema zu erfassen; sie verstand es aber, jeden unternommenen Schritt aller Beteiligten zu dokumentieren. Anstatt darüber zu berichten, wie demokratische Lösungen gefunden werden können, auch, wenn sie un bequem oder undankbar sind, wurden undemokratische Beiträge gemacht, um Versäumnisse zu vertuschen.

Das ist keine Demokratie, das ist demokratische Instinktlosigkeit in höchster Potenz von oberster Stelle.

Es ist lange Zeit, Denker zuzulassen und ihnen zu danken. Sonst bleibt alles beim alten Spiel: Fehler der Politik werden vertuscht; das bezahlen Wähler. Das stärkt Verdrossenheit und die Meinung, wenn es in Wirtschaftsfragen keine kompetenten Politiker gibt und Wirtschaftspolitik nur mit Beratung der Wirtschaftsinstitute und von Honoraren der Regierung abhängigen und diesen daher genehmen externen Beratern erfolgt, die die offizielle politische Haltung in Wirtschaftsfragen für die Regierung unterstützen, dann stellt sich die Frage: Was nützt es, wenn Politik bei einem Zustand landen wird, die, wie Sie es Frau Merkel, unterstrichen haben, beim Euro bleiben wird?

Bei welchem Wert des Euro?

Für den Dank, den Sie mittels Ihrer Annonce ins Land streuen, hätten Sie auch formulieren können: „Danke dass ich sie zur Kasse bitten durfte, damit für die Politik noch etwas Zeit erkaufte wird. Es tut mir leid, dass für Sie im Extremfall nur Einbußen herauskommen“.

Das wäre ehrlich.

Was Sie schreiben, ist Politik. Und Sie nehmen sich 2,8 Millionen Euro an Steuergeldern, um verschleiern zu wollen, dass Sie nicht in der Lage sind, trotz aller Taktik, trotz allen Innen- und Außen-Auftretens, trotz Ihrer oftmals gesehenen „Herzenswärme“, etwas an der Situation ändern zu können.

So gesehen, ist es kaum erträglich, dass Sie sich in dieser Annonce bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken; Sie sollten sich vielmehr entschuldigen!

Es ist an der Zeit, dass Staatsvertreter mit Regierungsauftrag, offenlegen, was sie tun. Wenn Sie also sagen, Sie werden den Euro halten, sollten Sie auch sagen, mit welcher Quote bzw. Kaufkraft.

Es gäbe weniger Kriminalität, wenn Politik ihren eigentlichen Aufgaben, nämlich der Ordnungspolitik, gerecht geworden wäre. Ordnungspolitik zur Vermeidung von Kriminalität und Mafia, Ordnungspolitik für freie Marktwirtschaft, damit sie sozial sein und sozialer werden kann und bleiben kann.

Konkrete Strafandrohungen mit der Folge der Realisierung von Strafen für alle, die schuldig geworden sind! Denn die, die was von Wirtschaft verstehen und die Marktwirtschaft repräsentieren, müssen begrenzt werden.

Dort, wo dies nicht der Fall ist, wartet die Krise und dieser folgt Kriminalität. die nur noch durch zig Rechtsmaßnahmen begrenzt werden kann, obwohl sie unter entsprechenden Rahmenbedingungen hätte verhindert werden können.

Dies betrifft nicht zuletzt auch die Politik, insbesondere die Europa- und internationale Politik. Allein für die nationale Politik fehlt es an Strafbestimmungen. Es gibt zwar den Bundesrechnungshof, den Bund der Steuerzahler. Es gibt Analysen, Berichte. Ein paar davon wedeln in der Presse ein wenig Staub auf, doch zur Kasse gebeten wird niemand. So werden auch die 2,8 Millionen Euro, die Ihre Werbungsaktion gekostet hat, niemals aus den Kassen der CDU/CSU bzw. FDP bezahlt werden müssen, obwohl der Bundesrechnungshof nach Überprüfung des Vorgangs zu diesem Schluss gelangen wird. Es wird niemanden geben, der für diese fehlerhafte Bezahlung dieser Werbung zur Verantwortung gezogen werden wird.

Was nutzt ein Bundesrechnungshof, dessen Feststellungen über Misswirtschaft der Politik zu keiner Strafe führen?

Insbesondere, da bekannt ist, dass alle 60 Jahre ein Land Pleite geht, wird nachhaltige Politik, deren Verantwortliche rechenschaftspflichtig und haftend sind, umso mehr erforderlich. Denn alle Politiker von Nachfolgenerationen retrospektiv gesehen, haben aus Erfahrungen ihrer Vorgänger nichts gelernt und verbessert. Völlig unbeachtet bleibt immer der Zins- und Zinseszinsseffekt, der beim Schuldenmachen eine sehr entscheidende Rolle für deren Kumulierung spielt.

Es wird Lobbyismus betrieben und es werden Geschenke verteilt; es geht in der Politik darum, gewählt bzw. wiedergewählt zu werden. Dies gilt unabhängig der Parteifarbe.

Seit der letzten deutschen Währungsreform 1948, waren 60 Jahre im September 2008 abgelaufen. Bestünden nicht die enormen Finanzverflechtungen über den IWF usw., über die ganze Welt – ein Billionenkarussell – wären schon längst einige Staaten mehr zahlungsunfähig. Und, obwohl Sie es in Ihrer Annonce anders darstellen, und, obwohl Sie es fast so klingen lassen, als sei dies ein Verdienst der derzeitigen Regierung gilt weiterhin für Deutschland: Eine Staatspleite ist jeder Zeit möglich.

Anfang der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts gab es eine Währungsumstellung (Hyperinflation), damals jedoch waren Unternehmen verschuldet und nicht der Staat. Heute weisen die Unternehmen eine Prosperität der Gewinne auf; der Staat ist hoch verschuldet.

In Ihrer Regierungserklärung am 15. Dezember 2010 sagten Sie im Fernsehen, dass Sie in Bezug auf den Eurogipfel am 16. Dezember 2010 Ihrer „Verantwortung gerecht werden“ wollten.

Ihre Vorgänger sind ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden. Wie wollen Sie es schaffen? Und warum erst jetzt?

Wenn Sie nun verspätet erstmals ihrer Verantwortung gerecht werden wollen, dann kann dies die Situation doch nicht aufhalten. Das einzig Richtige wäre sofort eine Währungsreform gemeinsam für die Europäische Währungsunion zu veranlassen, den Euro beizubehalten, wenn auch unter den Verhältnissen nach Abwertung. Je länger Sie sich Regierungszeit erkaufen, die Sie für Politik erkaufen und nicht für die Geldbeutel der Menschen – sondern aus denen heraus, umso schlimmer wird die materielle Situation der Menschen wenn sich die von Ihnen bis dahin eingegangenen Garantie- und Bürgschaftsverpflichtungen realisieren und dann zu zusätzlichen Schulden jedes Einzelnen werden. Je höher die Schulden der Menschen zum Zeitpunkt der Währungsumstellung sind, umso niedriger wird die Quote, die die Menschen nach der Währungsumstellung dann noch erhalten können. Jeder Tag zählt. Warum handeln Sie nicht entsprechend?

Rentner oder auch Hartz IV-Empfänger träge jeder Tag, der mit Warten vergeht umso härter, da künftiges zusätzliches Erwerbseinkommen nicht möglich sein kann, um nach der Währungsumstellung wieder Kaufkraft zu erwerben. Im Rahmen der Quote werden Rentner umgestellt. Ihre Rente wird, so war es bisher, erst nach der Währungsumstellung per Gesetz aufgebessert – ein Vorgang, der Jahre dauern kann. Vielleicht 20 Jahre.

Liegt bei der Währungsreform das mittlere Alter der Rentner bei vielleicht 72 Jahren, liegt nach 20 Jahren dieses mittlere Alter bei 92 Jahren. Wer erlebt das schon? Nur ein Bruchteil der Rentenbezieher.

Insofern sind Rentner – und das sind immerhin fast 20 Millionen Menschen in Deutschland, ein Viertel der Gesamtbevölkerung – die Gelackmeierten, wenn die politische Verwirtschaftung eines Systems in einer Währungsumstellung mündet. Und deren Aufstockung abgewerteter Renten durch Rentenaufbesserungsgesetze müssen dann wieder die bezahlen, die nach der Währungsumstellung noch im Erwerbsleben stehen bzw. deren Kinder. Ganz krass ist es im Falle der Hartz IV-Empfänger, also der Langzeitarbeitslosen, die schon nur eine Existenz in Form einer Grundsicherung haben, die also schon am Existenzminimum leben.

Je später die Umstellung kommt, umso geringere Quoten stehen wegen der Realisierung von Garantie- und Bürgschaftsverpflichtung zu, da diese dann sicher schon wirksam geworden sind.

Es ist abenteuerlich, wie Sie mit gutem Gewissen versprechen und garantieren können.

Der Vollständigkeit halber, und um die Problematik abzuschließen, folgt an dieser Stelle ein kurzer Abriss über die Schuldsituation des Landes.

Deutschland hatte im Jahre 2006 (laut eines [Gutachtens des Internationalen Währungsfonds, IWF](#)) 8,5 Billionen Euro Schulden. Diese Zahl wurde durch ein weiteres [Gutachten des Instituts für soziale Marktforschung](#) (Freiburg), das von Herrn Professor Bernd Raffelhüschen, repräsentiert wird, auf 7,2 Billionen festgesetzt. Es ist zum einen fraglich, warum beide Untersuchungen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, zum anderen erscheint die Differenz zwischen IWF-Gutachten und Gutachten des Instituts für soziale Marktwirtschaft unbeachtlich, weil es nur darum gehen kann, die Größenordnung in

unserer Darstellung festzuhalten. Heute sind die Schulden wahrscheinlich auf weit über 10 Billionen angestiegen.

Als oberste Vertreterin der Politik in diesem Lande fragen wir Sie: Warum wird darüber nicht ausführlich in deutschen Medien berichtet?

Im Jahre 2006 hat die Tageszeitung „Die Welt“ eine Sachverständigenweise Frau Beatrice Weder di Mauro, Professorin für Volkswirtschaft an der Universität in Mainz, zitiert und in diesem Zusammenhang von der Gesamtverschuldung von damals 8,5 Billionen gesprochen. Eine Zeitung erwähnte nahezu unkommentiert eine Zahl. Das ist dürftig.

In diesen Schulden stecken nicht nur die expliziten Schulden von zur Zeit 1,8 / Tendenz 2,0 Billionen Schulden für Deutschland, sondern auch die impliziten Schulden, das sind die Sozialsystemschulden mit einem Vielfachen der expliziten Schulden. Man meint, aufgrund der Rechtsprechung (zur Frage „die Rente ist sicher“), solche impliziten Schulden nach gut dünkten reduzieren zu können zu Lasten der Menschen.

Wir verzichten hier auf eine spezifische Aufstellung nach Fehlbeträgen/Schulden, Rücklagenbildung für die Beamtenversorgung, der Deutschen Rentenversicherung, den berufsständischen Versorgungswerken und der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, den kirchlichen Zusatzversorgungskassen u. a., der gesetzlichen Krankenkassen – es fehlen Alterungsrückstellungen nach dem einzig richtigen Kapitaldeckungsverfahren. Das gilt auch für die Pflegeversicherung!

Überall dominiert das Umlageverfahren, bei dem die Letzten nicht mehr das bekommen können, was die Ersten bekamen. Es fehlt eine Rücklagenbildung bei all diesen Instrumenten der sozialen Sicherung. Und die Steuerung erfolgt dadurch, dass nach der Rechtsprechung die Leistungen nur dem Grunde nach sicher sind, aber nicht der Höhe nach.

Die Menschen vertrauen aber auf Besitzstände, sowohl dem Grunde nach, als auch der Höhe nach. Sie wollen keine Aussteuerbarkeit aus Leistungen einkalkulieren müssen. Es heißt ‚soziale Sicherheit‘, die nicht politisch benutzt werden darf.

Ausgehend von der derzeitigen Gesamteinwohnerzahl Deutschlands (82,1 Millionen, laut Statistischem Bundesamt), ist eine pro Kopf Verschuldung nicht, wie in der Presse immer

wieder publiziert, zwischen 21 und 22 Tausend Euro zu verzeichnen, sondern liegt, wenn auch die impliziten Schulden berücksichtigt werden, zwischen 120 und 125 Tausend Euro. Jedes Neugeborene kommt demnach mit einer Schuldenlast von über 120 Tausend Euro auf die Welt.

Schon aus der Sicht von 2006 betrug damit die Gesamtverschuldung (implizite und explizite) gemessen am BIP (Brutto-Inlandssozial-Produkt) über 350 Prozent mit Richtung 400 Prozent gegenüber der im Stabilitätspakt erlaubten 60 Prozent Gesamtverschuldung. Diese 60 % beziehen sich allein auf die expliziten Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt.

Aus wirtschaftsorientierter Sicht erscheint dies ausgesprochen problematisch, denn würde Deutschland wie ein Industrieunternehmen betrachtet, dann würde bei einem Verkauf des Landes, wie beim Verkauf eines Industrieunternehmens auch, die implizite Verschuldung in den Sozialsystemen, ebenso wie die expliziten Schulden des zu übernehmenden Unternehmens kaufpreismindernd berücksichtigt werden. Deutschland – noch als Wirtschaftslokomotive in Europa bezeichnet – bringt es auf eine nicht mehr erlaubte Gesamtverschuldung (nur explizite) von 70 Prozent (nur explizit) und wäre als Wirtschaftslokomotive allenfalls Schrott. Die impliziten Schulden fast um das Vierfache so hoch, wie die expliziten – das wird nirgends erwähnt.

Für folgende Mitgliedsstaaten ergäben sich folgende Verschuldungen (nur explizite): Italien weit über 100 Prozent, Irland über 230 Prozent, Großbritannien (wenngleich nicht in der Währungsunion) bringt es auf 168 Prozent der nur expliziten Verschuldung!

Für all diese Übertretungen gilt: Es gibt keinerlei Strafbestimmung für die Überschreitungen der Grenzen im Stabilitätspakt für jährliche Neuverschuldung von 3 Prozent; keine Strafbestimmung für die Überschreitung der im Stabilitätspakt vorgeschriebenen Begrenzung der Gesamtverschuldung von 60 Prozent. Warum werden die impliziten Schulden überhaupt unberücksichtigt gelassen?

Wurde der Vertrag ehemals nur als Scheinvertrag geschlossen, an den sich die Politik nicht zu halten braucht?

Die Rechtsprechung zur Sicherheit der Rente hinzunehmen, aber für die impliziten Schulden zu beachten ist, dass finanzpolitisch ein Abbau der sozialen Leistungen an seine Grenzen stoßen würde, weil damit sich Politik nicht mehr halten könnte. Im Umlageverfahren steckt eben eine Art der Geschenkepolitik mit der die Politik vorgetäuscht hat, dass die Leistun-

gen im Umlageverfahren „auf Dauer“ gewährbar sind. Das aber wird nicht der Fall sein können. Ein Abbau also nur in Grenzen unter Zugrundelegung der Berliner Rechtsprechung wird so an seine Grenzen finanzpolitisch stoßen und auch im Hinblick auf die Innenpolitik, denn sonst wäre das Ende der betreffenden Bundesregierung durch Massendemonstration mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen die Folge. Also ist eine Ausklammerung der impliziten Sozialsystemschulden und nur der Ansatz expliziter Verschuldung für die Grenzen von jährlicher Neu- und der Gesamtverschuldung nicht vertretbar und wohl auch nicht rech- tens. Je höher die impliziten Schulden, desto weniger rückführbar sind die expliziten Schul- den aus der Sicht der Haushalte. Insoweit haben wir schon 350 – 400 % und nicht nur über 70 % – wie tatsächlich vorliegen – anstelle der erlaubten Grenze nach Stabilitätspakt von nur 60 % und so sieht es in den anderen europäischen Ländern ähnlich aus.

Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, vor dem Eurogipfel am 15. und 16. Dezember 2010 in alle Welt erklären, Sie wollen Ihrer Verantwortung gerecht werden, dann haben wir dargelegt, wessen Sie sich bezogen auf die Währungsunion und die Verschuldung Deutschlands ver- antwortlich gemacht haben: der Lüge.

Denken Sie in diesem Zusammenhang auch an die Mehrwertsteuer, über die sie vor den Bundestagswahlen sprachen; im Nachhinein begründeten Sie Änderungen, mit notwendigen Kompromissen in den Koalitionsverhandlungen', doch eigentlich ging es nicht um den Vor- teil der Menschen, sondern um Machterhalt.

Am 16. Dezember 2010 sind Sie Ihrer vermeintlichen Verantwortung insofern gerecht ge- worden, als dass Sie einem Krisenfond (ab 2013) zugestimmt haben, der in Ersatz der jetzt noch laufenden Rettungsschirme, quasi wirtschaftlich betrachtet, Rettungsschirme ohne Li- mitierung nach oben zulässt, allerdings mit der einzigen von Ihnen einschränkenden Rege- lung versehen, dass der Krisenfond immer nur dann beansprucht werden kann, wenn jedes europäische Land der Währungsunion mehrheitlich zustimmt.

Es ist doch wohl klar, Frau Dr. Merkel, dass eine solche mehrheitliche Zustimmung, auch wenn sich immer höhere Krisenforderfordernisse ergeben sollten, von den Regierungen der Länder gegeben wird.

Je länger Sie eine Währungsreform verzögern, umso mehr werden, wenn sich Garantie- und Bürgschaftsverpflichtung aus Rettungsschirm und Krisenfonds realisieren, die Schulden

derer, die ihre Steuermittel dafür hergaben, in der Währungsumstellung berücksichtigt und führen dann zu einem geringeren Umstellungsbetrag nach der Währungsumstellung. Sie sind Ihrer Verantwortung insofern gerecht geworden, dass Sie impliziert haben, dass derartige Prozesse nur durch mehrheitliche Beschlüsse möglich sind, das mag an Demokratie erinnern; scheinbar vergessen haben Sie dabei, beim Crash hat das alles zur Folge, dass die Menschen um mehr Kaufkraft gebracht werden.

Ist es noch verwunderlich, wenn Menschen sagen, die eigentliche Mafia und Kriminalität, die sich immer gegen Menschen richtet, gehe von den Regierungshauptstädten aus. Mit Verlaub so wiedergegeben, wie es der Volksmund sagt.

Frau Dr. Merkel, Sie sollten Ihrem Wahlauftrag gerecht werden. Werden Sie tätig, gegen das Ausmaß der Gesamtverschuldung und die Verwirtschaftung der Leistungen, sonst ist die Vision des vereinten Europas bald eine traurige Legende.

Die Vision vom vereinten Europa, die Ihr politischer Ziehvater Helmut Kohl (Kanzler von 1982 – 1998) einst ausgab, war keine! Seine Vision vom vereinten Europa (EU) ist allenthalben eine Kopie der Vereinigten Staaten (USA). Zur Regierungszeit Kohls haben daran auch schon viele Nichtkanzlermenschen gedacht und diese Version hat sich heute bestätigt.

Die BRD war schon Ende der 1970er bzw. in den 1980er Jahren für DM-Verhältnisse so hoch verschuldet, dass mancher Bundeshaushalt nur mit Mühe aufgestellt werden konnte. Anfang der 80er Jahre quittierte ein Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen den Dienst mit der über die Medien verbreiteten Begründung, er finde das Ausmaß der Verschuldenspolitik der Bundesregierung verantwortungslos und nicht mehr unterstützenswert. Darüber hinaus war er nicht mehr bereit, diese im Bundesministerium für Finanzen (BMF) mitzutragen (Nachrichtenberichterstattung TV/Radio, zwischen dem 1.11 und 10.12.1981).

Arbeitszeugnisse, in denen verbrieft wird, der Arbeitnehmer „habe sich stets bemüht“, implizieren, der Arbeitnehmer hat sich wohl ständig bemüht, aber er hat mit seinen Bemühungen leider keinen Erfolg aus der Sicht des Arbeitgebers gehabt.

Aus der Sicht der Menschen kann Ähnliches betreffend dem Bemühen der Politik festgestellt werden.

In den 62 Jahren seit der letzten Währungsreform, waren sieben Bundeskanzler an der Spitze der Regierungen. Davon waren mehr als die Hälfte Kanzler aus den Reihen der CDU/CSU, der die meiste Kompetenz in Wirtschaftsfragen nach Meinungsumfrage [Wirtschaftswoche, 5(31.1.2011), S. 18ff.] zugetraut wird. Von dieser Wirtschaftskompetenz kann keine Rede sein. Im Gegenteil, Deutschland ist verwirtschaftet; ihr Gipfel ist die Klassifizierung der Gesellschaft in >arm< und >reich<.

Schon vor Jahren sagten zwei Aufsichtsräte größerer Konzerne im TV voraus (ARD), im Jahre 2010 werde die Anzahl der Menschen an der Armutsgrenze auf über zehn Millionen Menschen anwachsen. Derzeit leben in Deutschland über zwölf Millionen arme Menschen. Bei derzeit etwa 20 Millionen Rentnern, unter denen etliche Kleinrentner sind, und 7,5 Millionen Hartz IV-Empfänger, ergeben sich 27,5 Millionen Menschen, die von Renten und Hartz IV leben. Das ist über ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Und weitere werden folgen. Hinzu kommt, künftige Rentenbezieher und auch künftige Hartz IV-Empfänger werden immer niedrigere Renten bzw. Unterstützungsbezüge erhalten. Rentner bekommen fast keine Anpassung mehr, zumindest keine Anpassung, die die Inflationsraten ausgleichen. Sie haben also einen wiederkehrenden Kaufkraftverlust. Dasselbe betrifft insbesondere künftige Hartz IV-Empfänger, weil nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Änderungen bei Hartz IV die Rentenversicherungspflicht für Menschen mit Hartz IV-Bezügen wegfallen sollen.

Das hört sich im ersten Moment positiv an, da eine Pflicht wegfällt; Tatsache ist aber, dass diese Pflicht die Bundesagentur für Arbeit belastet hat, denn der Hartz IV-Empfänger hatte die Rentenversicherungsbeiträge nicht selbst zu zahlen, diese wurden von den Jobcentern der Agenturen bezahlt, d. h. der Wegfall der Rentenversicherungspflicht für Hartz IV-Empfänger ist eine Entlastung der Kassen der Bundesagentur und damit für die Kassen des Bundes.

Die wegfallende Rentenversicherungspflicht und die nicht mehr vorzunehmende Beitragsabführung für die Rentenversicherung für Hartz IV-Empfänger bringt für ebenjene keinen künftigen Rentenzuwachs mehr.

Anstelle von Rentenzuwächsen werden sie in der Rentenversicherung (einer Altersabsicherung auch für Arbeitslose) ausgesteuert und ausgleichend auf eine Anwartschaft auf eine Steuer finanzierte Grundsicherung verwiesen; diese übernimmt nun der Bund anstelle der früheren Gewährung durch Kommunen. Der jetzige Hartz-IVler wird dadurch anteilig zum

„Sozialhilfeempfänger“ zu Lasten künftiger Generationen. Welcher Widerspruch liegt da in der Schaffung dieser Neuregelung für Hartz IV, wo doch früher gerade der Sozialhilfeempfänger in den Status des Langzeitarbeitslosen überführt wurde, um die etwas „unwürdige“ Situation der Notfallunterstützung ihm erspart werden sollte.

So kann geschlossen werden, dass die jetzige Regierung Ausgaben abwälzt, die im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft selbstverständlich sein müssten, aber sie wälzt sie ab, weil kein Geld in der Kasse ist. Statt dessen propagiert die Regierung, dass künftige Generationen der Kinder und Kindeskiner verschont werden sollen – was in der Vergangenheit nicht geschehen ist und künftig unbezahlbar ist – und verlässt sich darauf, dass ebenjenen, das, was heute durch den Wegfall der Rentenbeiträge an Hartz IV gekürzt wird, wird irgendwann durch Grundsicherung wieder über Steuermittel aufgestockt. Damit sollen Beitragsstreichungen ausgeglichen werden. Jetzt mag so eine Entlastung der Kassenlage erfolgen, künftige Generationen aber, werden damit belastet. Die Begründung liegt darin, dass über Masseneinkommen Entlastungen für die öffentliche Hand geholt werden können. Dieses Unding ist schnellstmöglich zu revidieren und dennoch wird Armut in Deutschland in den nächsten Jahren steigend Trend bleiben.

Zu diesem Thema gehört auch die Lohngestaltung, insbesondere im Niedriglohnsektor. Zeitarbeit und befristete Arbeitsverträge für neu Angestellte Arbeitnehmer schaffen keine sichere Zukunft. Für niemanden, leider auch nicht für Paare, die Kinder planen. Die Frage der Entlohnung der derzeit rund 750 Tausend Zeitarbeiter (Presseangaben zum Problem der Zeitlohnangleichung), die zum Teil über Personalverleihfirmen so gewaltige Abschläge am Normallohn für Stammbesellschaften hinnehmen müssen, dass netto oftmals nur der halbe Lohn herauskommt, wird derzeit diskutiert. Es ist ungewiss, ob sich dadurch Zeitarbeitslöhne auf das Niveau der Stammbesegellöhne anheben lassen.

1. Die christlich-liberale Regierung sichert die Finanzen

Die Regierung spart, um handlungsfähig zu bleiben und um investieren zu können. Doch welchem Sparbeutel lässt sich eine Zukunft gestalten? Wenn die Regierung sagt, sie sichere die Finanzen, dann stellt sich die Frage, wie das geschehen soll.

Betrachten wir drei Beispiele, die Erfahrungen mit der Finanzpolitik der aktuellen Regierung aufzeigen.

1. Beispiel: Griechenland wäre ohne europäische Hilfe, zu der Deutschland einen großen Teil leistet, zahlungsunfähig geworden. Für diesen Bankrott gibt es viele Gründe, doch nur einer ist hier im Rahmen Ihrer grundsätzlichen Versprechen sehr interessant.

Die Griechen haben ein Renteneintrittsalter von 50 Jahren (zum Vergleich: Franzosen werden mit 62 Jahren Rentner und die Deutschen mit 65 – allerdings mit Anhebung ab 2012 allmählich bis zum Jahre 2029 auf 67 Jahre). Als Auflage für das Sparprogramm zur Erzielung der Kredite, Garantien, Bürgschaften und dergleichen, haben die Griechen zur Vermeidung ihres Bankrotts beginnend ab Mai 2010 Mittel von insgesamt (über drei Jahre verteilt) von fast 150 Milliarden Euro zur Verfügung bekommen.

Deutschland zahlte 22 Milliarden. In den nächsten zwei Jahren wird Deutschland diesen Betrag jeweils nochmals leisten.

Niemand will Hilfe verweigern, dennoch ist es fraglich, warum als Gegenleistung für die finanzielle Unterstützung und zur Vermeidung künftiger Zahlungsunfähigkeit nicht von den Griechen verlangt wurde, das Renteneintrittsalter auf einen Stand anzuheben, der auch im übrigen Europa gilt, etwa auf 60 Jahre. Griechenland veranlasste eine Anhebung des Renteneintrittsalters von 50 auf 52 Jahre.

So gesehen, stellt sich die Frage, ob Geld, das in Deutschland erwirtschaftet wurde, im Ausland derart verwendet werden sollte? Eine mögliche unterschiedliche Lebenserwartung in beiden Ländern mag als Argument herhalten, ausreichend kann es nicht sein.

2. Beispiel: Pro Jahr gibt der Staat für seine Ex-Oberhäupter 800 Tausend Euro aus. Wird betrachtet, dass ein Bundespräsident eine Art „Frühstückspräsident“ ist, der als weiteren Profit die Möglichkeiten von Eindrücken großer Fernreisen auch privat genießt, so ist es wohl berechtigt, beim Ehepaar Wulff von einem ‚Jackpotpräsidentenpaar‘ zu sprechen. Das Ehepaar Wulff wird, gerechnet über die Gesamtzeit der möglichen Pensionierung hin, Millionenbeträge kosten, dazu Sachleistungen, Reisen, Büro.

Dass solche wirtschaftlichen Gesichtspunkte überhaupt keine Berücksichtigung in Ihrem Bemühen, die Öffentlichkeit zu informieren, finden, bleibt uns unverständlich. Wartet doch

der Schluss, dass diese Gelder für alle parteipolitisch Tätigen des Landes in mehr oder minder großem Umfang geleistet und vom Steuerzahler erwirtschaftet werden. Wir möchten in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen, dass die *Menschen für Demokratie*, die hier kritisch Stellung nehmen, in keinster Weise parteipolitisch gebunden sind und es auch nicht sein werden.

Uns geht es nicht darum, Kritik an einer Partei zu üben; uns geht es darum, Kritik an der Politik zu üben, die verspricht, aber nichts davon einzuhalten in der Lage ist und es uns darum geht, Rechtsverstöße, die in dieser parteipolitischen Arbeit gemacht werden, aufzudecken und anzuprangern, damit politische Arbeit wieder wertbar wird.

3. Beispiel: Als Mitglied und Repräsentant des Bundesministerium des Inneren, Abteilung Grundsatzfragen, war von 2006 bis 2009 Dr. Markus Kerber auch im Aufsichtsrat der Hypo-Real-Estate-Group. Markus Kerber auch nach der Pleite der HRE weiterhin Mitglied im Aufsichtsrat dieser Gruppe; seit Oktober 2009 in Vertretung des Bundesministeriums der Finanzen als Abteilungsleiter finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen. In beiden Fällen vertrat Kerber den jeweiligen Minister der Finanzen und durch diese Vertretung wurden Vorstandsverträge für junge Vorstandsmitglieder abgeschlossen. So ein Vertrag für den Vorstandsvorsitzenden (Bild) und zwei weitere Verträge für die untere Vorstandsebene (Bild).

Alle drei Herren waren bei Anstellung und Erhalt ihrer Verträge etwa im Alter von 40 Jahren. Es ist anzunehmen, sie hatten aus früheren Tätigkeiten Altersversorgungsansprüche aufgebaut, eventuell durch eine Anwartschaft bei der deutschen Rentenversicherung, als die zumindest annehmbare niedrigste denkbare Stufe.

Mit ihrem neuen Aufgabenfeld erhielten die drei Herren auch Anstellungsverträge als Vorstandsmitglieder, die über die betriebsrentengesetzlichen Bestimmungen hinaus privatrechtliche Ansprüche beinhalteten. Nach nur einem Jahr Arbeit in der angegebenen Funktion, sehen es die Verträge dieser Vorstandsmitglieder vor, dass dieses ehemalige Vorstandsmitglied von der Hypo Real Estate ab dem Alter von 60 Jahren Pension verlangen kann.

Die Höhe der Rentenbezüge, die diesen Herren zugesagt wurden – sie wurde in der Presse behandelt (Bild) – ist nach der Meinung der *Menschen für Demokratie* unvereinbar mit der Vertragspolitik in anderen Arbeitsbereichen.

Bezeichnenderweise wird auch zu diesen Tatsachen seitens der Politik nicht Stellung bezogen. Die *Menschen für Demokratie* meinen: Es ist Zeit, derartige Auswüchse anzuzeigen.

In der Tagespresse hieß es, Vorstandsbezüge würden auf 500 Tausend Euro jährliche begrenzt. Tatsächlich wurde, unter Berücksichtigung eines Gehaltsverzichtes, der die Absenkung auf 500 Tausend Euro bringt, ein unüblich hohes Pensionsrecht eingeräumt, dessen Wert, unter Berücksichtigung der Abzinsung, also Kapitalwert auf die abgesenkten Bezüge hinzuzurechnen ist, so dass sich ein Jahresbezug in Millionenhöhe ergibt. Derart eine Begrenzung zu umgehen, die keinem Normalbürger eingeräumt werden würde, ist schäbig. Auch hier stellt sich wieder die Frage, warum werden Begrenzungen geschaffen, wenn sie nicht eingehalten werden?

Die Finanzen zu sichern, bedeutet aus Sicht der Regierung, der EURO bliebe stabil bestehen. Namhafte Banker (der Commerzbank und Stanely Morgan [Goldmann & Sachs]) unterstützen diesen Gedanken, zumindest für einen befristeten Zeitraum; dieser betrifft aber nur die Wirtschaftsaufschwungsphase die durch die Mittel der Menschen für die Ankerhebung der Konjunktur sich ergeben konnte und von der man meint, sie bliebe langfristig bestehen.

Eine Verschärfung der insgesamt für die Finanzen geschilderten Situation ergibt sich nicht nur durch künftige flaches und ganz wegfallendes quantitatives Wachstum, sondern auch durch die aufgetretenen Inflationsgefahren.

Schon in den 1970er und 1980er Jahren waren in der Bundesrepublik Inflationsraten von weit über den vom (damaligen) Außenhandelspräsidenten prognostizierten vier bis sechs Prozent aufgetreten, obwohl die Situation zu dieser Zeit deutlich weniger prekär war, als im Vergleich zu heute. Im Hinblick auf die Verschuldung waren auch schon politische Praktiken zu beobachten, die das jetzige Unheil andeuteten. Gegen Ende 2010 stieg die Verteuerungsrate über die von der Europäischen Zentralbank (EZB) angestrebte Zweiprozentgrenze hinaus, die als Voraussetzung für die gemeinsame europäische Stabilität gilt. Der Trend geht zu drei Prozent.

Im Moment ist die Bewegung an der Beschleunigung der Rohstoffpreise und auch der Lebensmittelpreise abzulesen. Die Preise wurden kräftig angehoben und werden weiter steigen. Beim Ölpreis zeugt sich folgende Entwicklung: Von 75 bis 80 Dollar pro Barrel (159

Liter) stieg der Preis für Öl Ende seit Ende 2010 bis Ende Januar 2011 auf 100 Dollar. Für Wärme im Winter wird jeder Deutsche mehr bezahlen müssen, ebenso für den Liter Benzin.

Der Präsident des Außenhandelsverbandes, Anton Börner, erklärte gegenüber der Presse, er halte die Inflationsraten zwischen vier bis sechs Prozent für realistisch und betrachtete dabei einen kurzen bis mittelfristigen Zeitraum.

Der zwischenzeitliche Wirtschaftsaufschwung hat durch Eurokrise und Inflationsanstieg seine Schattenseiten bekommen. Nicht nur die Preise steigen, sondern auch die auf Hochdruck laufende Gelddruckerei in den USA, der viel zu niedrige Außenwert der chinesischen Währung, sondern auch das Aufkaufen maroder Staatsanleihen durch die EZB in doch beachtlichem Umfang, kommt Gelddruckerei in Deutschland gleich.

So gesehen, hat Deutschland nur eine Aussicht, nämlich die des fortschreitenden Inflationstrends. Es wird nicht zur Hyperinflation kommen, wie bei der Währungsreform Anfang der 1920er Jahre, aber Deutschland als Mitglied im Staatspleitenklub der Euro-Länder, muss mit hoher Inflation rechnen. Zwar könnten höhere Zinsen die Inflation bremsen, doch mit Zinserhöhungen dürfte sich die Europäische Zentralbank (EZB) schwertun, weil sie auf die in die Rezession gestürzten südeuropäischen Volkswirtschaften Rücksicht nehmen muss. Der Leitzins, der zur Zeit ein Prozent beträgt, wird stufenweise auf ein höheres Niveau angehoben werden. Aber je höher er angehoben wird, umso höher wird natürlich auch die Zinsbelastung durch Kredite für Deutschland aber auch für entsprechende Kredite für die europäischen Länder, die diese unbedingt benötigen, um zahlungsfähig zu bleiben. Durch die höheren Kreditkosten aber, wird in ebenjenen Ländern die finanzielle Situation verschlechtert.

Angenommen, Deutschland hätte nicht vier bis sechs Prozent Inflation pro Jahr, sondern 10 Prozent, was realistisch ist (Rentenanpassungen 1973 von 11,35 Prozent, die nicht nur die Erhöhung des Lebensstandards zum Ausdruck brachte, sondern auch zu einem hohen Anteil eine damalige Inflationsratenentwicklung, die bis in den Anfang der 1980er Jahre reichte), so könnte der Leitzins mit einem Prozent bis zu drei Prozent festgelegt werden (die durchschnittliche Schuldenverzinsung liegt derzeit bei rund drei Prozent, gemessen an der Einnahmeseite eine Bundeshaushaltes hier mit rund bisher vor tätig werden der Finanzagentur in Frankfurt am Main zwischen 14 und 15 Prozent der gesamten Einnahmenseite des Bundeshaushaltes 2009; nach Absenkung durch die Finanzagentur ist dieser Prozentsatz auf

ca. 12,8 Prozent gesunken, was bedeutet: anstelle von bisher 42 Milliarden sind nur noch ca. 37 Milliarden aufzuwenden).

Wird nun in Folge der vermuteten durchschnittlichen Inflationsrate zwischen vier und sechs Prozent eine solche im Mittel bei fünf Prozent liegen und daraus resultierend eine Schuldzinsenbelastung von anstelle 37 Milliarden in der Größenordnung von fast 60 Milliarden liegen.

Mit einer Inflationsrate von zehn Prozent verdoppelt sich diese annähernd zumindest auf 100 Milliarden. Im ersteren Falle der fünf prozentigen Inflation (Ansatz von 60 Milliarden) ergibt sich bezogen auf die Einnahmen des Bundes einen Anteil von fast 21 Prozent gemessen am Volumen des Jahres 2009, der nur für Zinsen auf Schulden ohne jede Tilgung von Schulden zu erbringen ist.

Im zweiten Falle ausgehend von einer Zinslast von 10 Prozent liegt die Zinsbelastung des Bundeshaushaltes ausgehend von 2009, schon bei annähernd 40 Prozent. Das hieße: Bankrott.

Auch wenn die Bundesregierung dies nicht öffentlich eingesteht, wird sie (zusammen mit Brüssel) den Euro-Rettungsfonds von 250 Milliarden Euro auf 440 Milliarden Euro erhöhen. Dieser Fond wird künftig direkt die Anleihen bedrohter EURO-Länder aufkaufen können. So könnte Griechenland schon bald der Rückkauf eigener Schulden finanziert werden. Das Geld für den Rückkauf von der EZB bekommen die Griechen aus dem Rettungsfonds. Deutschland müsste seine Hilfeleistung nochmals erhöhen. Dies hätte auf den Finanzmärkten Verteuerungen zufolge – Kreditausfallversicherungen für deutsche Staatsanleihen haben sich seit Ende Oktober 2010 um 100 Prozent verteuert.

Diese Betrachtungen zeigen, wie die Gefahr mehrerer Fluchten unter den Rettungsschirm (Irland, Portugal, Spanien) anwächst, wenn sich die Inflation weiter entwickelt. Wenn Wachstum weiter stattfinden würde, entgegen der Wissenschaftlichen Auffassungen, die sich nun auch die CDU zu eigen gemacht hat, dann wäre zu beachten, dass Wachstum immer zusammen mit Preissteigerung und mit steigendem Arbeitnehmereinkommen zusammen fällt, beides bedeutet aber Anstieg der Inflation.

Zu berücksichtigen ist, dass über steigende Inflationen eine Regierung bzw. das dahinter stehende Land und deren Menschen sich von Schulden anteilig befreien kann, wenn die Steuereinnahmen steigen und eine Entlastung bei den Sozialkosten entstehen kann.

Eine andere Möglichkeit zur Verminderung von Staatsschulden gibt es nicht. Zusätzlich ist zu beobachten, dass Abgabensteigerungen angekündigt und zum Teil schon realisiert sind. Zu beachten ist zusätzlich, dass durch Spekulationsgeschäfte die Schwankungen bei den Preisen eher noch erhöht werden. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo ohne Wachstum das Wirtschaftssystem kollidieren kann.

Die Gefahren für den EURO sind in der Hauptsache höhere Steuern und höhere Zinsen und ausfallende Schuldner! Es ist fraglich, wie Sie, Frau Merkel, diesen Problemen begegnen wollen, um Ihr Versprechen der Finanzsicherung einzulösen.

Wir sind mit der Politik und der Rechtsprechung schon oftmals in eine Richtung gewiesen worden, die keinem Gerechtigkeitsfinden entsprechen kann, so z. B. die Aussage: ‚Die Rente ist sicher.‘ (Norbert Blüm).

Die Klage eines namhaften Zeitungsverlages (Springer-Verlag) gegen diese politisch motivierte Aussage hat bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Berlin zu der nun rechtsverbindlichen Feststellung geführt, dass eine Rente so lange sicher ist und der Ausdruck verwendet werden darf, wie ein Euro Rente gezahlt wird. Es muss dem Grunde nach etwas gezahlt werden, doch wer soll davon leben?

Menschen für Demokratie werden einer politisierten Rechtsprechung begegnen.

Frau Bundeskanzlerin, es ist fraglich, wie in Anbetracht der maroden finanziellen Entwicklung, Ihre ebenfalls in der zitierten Annonce aufgeführten Versprechen gehalten werden sollen. Schließlich gedeiht Bildung, Energieversorgung und auch das Gesundheitssystem ausschließlich auf einem finanziell abgesicherten Staatsfundament. Im internationalen Vergleich mag Deutschland gut da stehen, doch Optimismus wirkt nur so lange er kein Selbstzweck wird.

Im Sinne der *Menschen für Demokratie* ist es vorbildlich, dass die Menschenrechtsorganisation Amnesty International strafrechtliche Ermittlungen gegen den früheren US-Präsidenten George W. Bush wegen Folter und Misshandlung von Gefangenen im Anti-Terrorkampf gefordert hat. Wir *Menschen für Demokratie* fordern nicht, wir prangern Politiker an, die ihre Kompetenzen nicht entsprechend ihres Wahlauftrags einsetzen und darüber hinaus

werden *Menschen für Demokratie* derartige Verirrungen strafrechtlich anzeigen. Die Aktion der Werbekampagne, die 2,8 Millionen Steuergelder forderte, um Parteiwerbung zu finanzieren, soll ein erster Schritt sein. Uns ist dabei klar, dass diese Werbung nicht nur eine versteckte Zuwendung für die Parteien CDU und CSU, sondern auch für die FDP darstellt, denn es werden ja Versprechungen der Bundesregierung hervorgehoben. 35 Prozent, der wahlberechtigten Deutschen, die diese Koalition gewählt hat, sorgte damit dafür, dass Sie über 100 Prozent regieren. Aus unserer, demokratischen Sicht, ist dies ein undemokratischer Anteil, der den Begriff Volksregierung nicht erfüllt.

Menschen für Demokratie fordern eine Überarbeitung des Grundgesetzes.

Volksbegehren, Volksentscheide, politische Mitbestimmung eines Jeden, wie in der Schweiz üblich, wird für Deutschland als Modell diskutiert: es ist längst überfällig, dem Volk die Entscheidung zu übertragen.

2. Die christlich-liberale Regierung schafft eine Bildungsrepublik

Sie sprechen von Hilfen für Jugendliche beim Schulabschluss, beim Berufseinstieg und, Sie versprechen viele Studienplätze. Milliardenbeträge sollen diese Ausbildungen finanzieren. Doch ist damit auch garantiert, dass mündige Menschen entstehen, die nach ihrem Verstand und nicht nach den Sachzwängen ihres Berufsstandes handeln? Dazu das Beispiel des früheren Bundeskanzlers Dr. Helmut Schmidt. Ein brillanter Geist, bis heute ein unbestrittener Politiker, aber an Deutschlands Schulden scheiterte er. Wozu also hat ihm seine Bildung verholfen, wozu war sein Verstand tauglich? Und davon ausgegangen, dass Verstand und Bildung überhaupt in Bildungseinrichtungen entstehen, die die Regierung fördern will, wem nützt all diese Bildung? Sie nützt nur dazu, dass Wähler entstehen, die das kleinste Übel wählen. Dafür ist keine Ausbildung nötig.

3. Die christlich-liberale Regierung sichert die Energieversorgung

Bis 2015 sollen 80 Prozent des Stroms, der in Deutschland verwendet wird, aus erneuerbaren Energien stammen. Die Zeitungen „Die Zeit“ und „Ökotest“ stellte jüngst die Szenarien vor, die diesem Konzept folgen könnten. Die Zeitungen gehen von einer Realisierung dieser Stromgewinnung ab 2030 bzw. 2050 aus. Bis 2015 80 Prozent erreichen zu wollen,

entbehrt jeder wissenschaftlich begründeten Vorstellung. Wie kommen Sie als Naturwissenschaftlerin dazu, derartige Versprechen abzugeben?

Die Kosten für die Realisierung eines solchen Vorhabens sind derart hoch, dass sie bei der Verschuldung des Landes und bei dessen Verwirtschaftung niemals in die Tat umgesetzt werden können.

In diesem Zusammenhang ist nicht nachvollziehbar, warum Sie, wenn Sie so sehr auf erneuerbare Energien setzen, dafür gesorgt haben, die Atomlaufzeiten zu verlängern? Wollen Sie die Kernkraftwerke mit ihren Gewinnabführungsverpflichtungen dafür nutzen, um ‚grüne‘ Energie zu ermöglichen? Und über die Preisgestaltung der Strompreise beteiligen Sie jeden Menschen des Landes an ebenfalls diesen Kosten, anstatt, wenn schon eine Verlängerung der Laufzeiten nicht zu verhindern war, die Atomindustrie bereit gewesen wäre, die Strompreise für die Verbraucher zu senken.

4. Die christlich-liberale Regierung schafft ein bezahlbares Gesundheitswesen

Die Gesundheitsminister verschiedener Parteien, arbeiten seit Jahrzehnten an Lösungen, medizinische Versorgung bezahlbar zu gestalten. Das Ventil zusätzlicher Beitragseinnahmen, das zur Zeit Garant des Systems sein soll, trägt wie alle zuvor in Mode gewesenen Systeme dazu bei, über die Kassenbeiträge hinaus, die ständig steigen, Zusatzbeiträge zu erheben, die das staatspolitische Gesundheitswesen davon befreit, Leistungen erbringen zu müssen. Im Ausgleich dazu, greift die Politik nicht ein, wenn systemregelnde Maßnahmen erforderlich wären, Kriminalität zu verhindern und den Verbraucher zu schützen.

Das Gesundheitswesen ist ein Milliardenmarkt, der zwischen 150 und 200 Milliarden Euro jährlich umsetzt. Würde gegen Beitragsverschleppung vorgegangen, kämen den gesetzlich Versicherten zehn bis 15 Prozent jährlich, das sind 15 bis 30 Milliarden Euro, mehr zugute. Hier sei das Beispiel eines Arztes aus Wuppertal beachtet, der sich, Medienberichten zufolge, des Millionenbetrugs strafbar machte. Immerhin wurde hier ein Schuldiger zur Rechenschaft gezogen, aber wie viele kommen durch?

Denkbar wäre hier eine vom Versicherten selbst kontrollierte Arztabrechnung.

Wenn wir Gemeinsinn bewahren, geht dieses Land in eine gute Zeit. Wenn wir Politiker hätten, die am Menschen interessiert sind, Politiker, die ihre Arbeit in der Umsetzung ihrer

Versprechungen sähen, dann hätten wir eine gute Zeit. *Menschen für Demokratie* werden überall dort, sein, wo diese Versprechen gebrochen werden. *Menschen für Demokratie* werden dafür sorgen, dass diese Straftaten strafrechtliche Konsequenzen haben.

Menschen für Demokratie